

[Sehr geehrter Empfänger]

Die *Hannoverschen Symposien*, in deren Fokus die deutsche Bibliotheksgeschichte der Jahre 1933 bis 1945 steht, finden seit 2002 statt. Eines ihrer Ziele war von Beginn an die Etablierung und Stärkung der Provenienzforschung in deutschen Bibliotheken – und zunächst die Förderung des Bewusstseins, dass die Recherche nach NS-Raub- und Beutegut bzw. nach verfolgungsbedingt entzogenen Beständen insbesondere aus jüdischem Besitz eine historisch dringliche Aufgabe ist, der sich wohl *alle* öffentlichen deutschen Bibliotheken stellen sollten und müssten.

Der *Hannoversche Appell des Symposiums „Jüdischer Buchbesitz als Beutegut“* von 2002 (<http://www.akribie.org/berichte/Hannoverscher%20Appell.pdf> ) hat große Resonanz gefunden, und seither haben viele – wenn auch längst noch nicht genug – Bibliotheken erkannt, dass es ihre moralisch-ethische und wissenschaftliche Pflicht ist, intensive, kritische Auseinandersetzungen mit den „Erwerbungen“ und Bestandserweiterungen der Jahre ab 1933 in Angriff zu nehmen.

Innerhalb des letzten Jahrzehnts hat sich die Provenienzforschung auch dank umfangreicher Fördermaßnahmen des Bundes und einiger Bundesländer sowie durch die Begründung der Berliner Arbeitsstelle für Provenienzrecherche / -forschung (<http://www.arbeitsstelle-provenienzforschung.de/> ) zu einem höchst aktiven, komplexen und entschieden interdisziplinär orientierten, eng vernetzten Forschungsfeld entwickeln können. Längst hat sich dabei die Erkenntnis durchgesetzt, dass erfolgreiche Provenienzforschung nicht „nebenberuflich“ und ohne umfassende Vorkenntnisse betrieben werden kann. Auf Kulturgüter bezogene Provenienzforschung ist, vor dem Hintergrund der kriegerischen Geschichte des 20. Jahrhunderts, eine politisch wie historisch sehr wichtige historische Spezialdisziplin, welche in ihrer speziellen Ausprägung derzeit nirgendwo erlernt werden kann.

Angesichts der unermesslich hohen Anzahl von Kulturgütern und insbesondere Büchern, die nach 1933 ideologie- und kriegsbedingt verschoben und in öffentliche Einrichtungen, besonders Bibliotheken integriert wurden, lässt sich die Annahme, dass es sich dabei nur um ein temporär wichtiges Forschungsfeld handeln würde, in keiner Weise rechtfertigen: Die Provenienzforschung wird uns in Deutschland noch viele Jahrzehnte beschäftigen müssen. Denn die Art und Weise des Umgangs mit der deutschen Vergangenheit der Jahre 1933–1945 ist immer auch eine öffentliche Stellungnahme, die international sehr genau wahrgenommen wird. Diese Art und Weise des Umgangs ist aber eben auch dazu geeignet, die freiheitlichdemokratische Grundhaltung der heutigen Informationsfachleute (Bibliothekare, Archivare, Dokumentare, etc.) und der heutigen politischen Verantwortlichen öffentlich sichtbar zu machen und zu dokumentieren.

Aus diesen Gründen haben die mehr als 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des *IV. Hannoverschen Symposiums „NS-Raubgut in Museen, Bibliotheken und Archiven“*, das im Mai 2011 auf Einladung der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek, des Niedersächsischen Landesmuseums Hannover und der Gedenkstätte Bergen-Belsen veranstaltet worden ist, die Formulierung eines Offenen Briefes beschlossen, der den fördernden politischen Entscheidungsträgern – dem Staatsminister für Kultur und Medien, Bernd Neumann und der Niedersächsischen Ministerin für Wissenschaft und Kultur, Professorin Dr. Johanna Wanka – mittlerweile zugegangen ist. Der Wortlaut folgt unten.

Wir sind der Ansicht, dass die in diesem Schreiben formulierten Erkenntnisse *alle* Universitäten, Bibliothek, Museen, sammelnden und bewahrenden Institutionen und viele gesellschaftlich relevante Gruppen angehen und – hoffentlich – ihre breite Akzeptanz finden werden.

Deshalb bitten wir auch Sie, sich dieser Thematik anzunehmen, unsere folgend formulierten Anregungen zu unterstützen, umzusetzen und zu verbreiten.